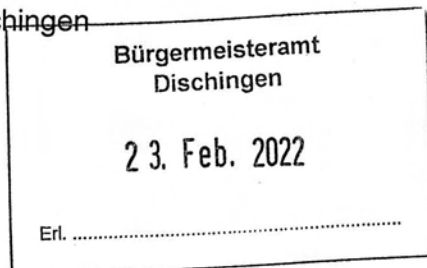




Landratsamt Heidenheim – 89505 Heidenheim

Herrn Bürgermeister
Alfons Jakl
Bürgermeisteramt Dischingen
Marktplatz 9
89561 Dischingen



Landratsamt Heidenheim
Kommunalaufsicht

Gisela Schmidt
Tel. 07321 321-2205
Fax 07321 321-2340
g.schmidt@landkreis-heidenheim.de

Az. 02-092/11

14.02.2022

Dienstgebäude
Felsenstraße 36
89518 Heidenheim
Haus C, 1.OG, Raum C 131

Montag – Freitag 08:00 – 11:30 Uhr
Montag 14:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag 14:00 – 17:30 Uhr

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Gemeinde Dischingen für das Haushaltsjahr 2022 sowie Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Wasserversorgung Dischingen und Abwasserentsorgung Dischingen für das Wirtschaftsjahr 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

alle zur Beurteilung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2022 sowie der Wirtschaftspläne 2022 der Eigenbetriebe Wasserversorgung Dischingen und Abwasserentsorgung Dischingen erforderlichen Unterlagen lagen am 24.01.2022 vollständig vor. Die Prüfung ist abgeschlossen. Es ergeht folgender Erlass:

I. Haushaltssatzung 2022

Die Gesetzmäßigkeit der vom Gemeinderat der Gemeinde Dischingen am 24. Januar 2022 in öffentlicher Sitzung beschlossenen Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 wird gemäß § 81 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) i. V. m. § 121 Abs. 2 GemO bestätigt.

Aus dem in § 3 der Haushaltssatzung auf 7.131.000 Euro festgesetzten Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird der genehmigungspflichtige Teilbetrag in Höhe von 1.900.000 Euro gemäß § 86 Abs. 4 GemO genehmigt.

Eine Vorwegentscheidung über die Genehmigung der nach der aktuellen Finanzplanung in den Folgejahren vorgesehenen Kreditaufnahmen ist damit nicht getroffen. Eine Genehmigung dieser Kreditaufnahmen kann zu gegebener Zeit nur auf Grund der konkreten Finanzlage der Gemeinde Dischingen unter Beachtung der §§ 77, 78 und 87 GemO erteilt werden.

Der in § 4 der Haushaltssatzung auf 2.000.000 Euro festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite ist gemäß § 89 Abs. 3 GemO nicht genehmigungspflichtig, da er ein Fünftel der im Ergebnishaushalt veranschlagten ordentlichen Aufwendungen nicht übersteigt.

II. Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Wasserversorgung Dischingen

Die Gesetzmäßigkeit des vom Gemeinderat der Gemeinde Dischingen am 24. Januar 2022 in öffentlicher Sitzung festgestellten Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb Wasserversorgung Dischingen für das Wirtschaftsjahr 2022 wird gemäß § 12 Eigenbetriebsgesetz (EigBG) i. V. m. § 81 Abs. 2 GemO, § 121 Abs. 2 GemO bestätigt.

Der in § 2 des Wirtschaftsplans auf 750.000 Euro festgesetzte Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird gemäß § 12 EigBG i. V. m. § 87 Abs. 2 GemO genehmigt.

Aus dem in § 3 des Wirtschaftsplans auf 373.500 Euro festgesetzten Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Wirtschaftsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird der genehmigungspflichtige Teilbetrag von 11.955 Euro gemäß § 12 EigBG i. V. m. § 86 Abs. 4 GemO genehmigt.

Eine Vorwegentscheidung über die Genehmigung der nach der aktuellen Finanzplanung in künftigen Jahren vorgesehenen Kreditaufnahmen ist damit nicht getroffen. Eine Genehmigung dieser Kreditaufnahmen kann zu gegebener Zeit nur auf Grund der konkreten Finanzlage im Eigenbetrieb Wasserversorgung der Gemeinde Dischingen unter Beachtung von § 12 EigBG i. V. m. §§ 77, 78 und 87 GemO erteilt werden.

Der in § 4 des Wirtschaftsplans auf 150.000 Euro festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite liegt unter einem Fünftel der im Ergebnishaushalt veranschlagten ordentlichen Aufwendungen und bedarf daher gemäß § 12 EigBG i. V. m. § 89 Abs. 3 GemO keiner Genehmigung.

III. Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung Dischingen

Die Gesetzmäßigkeit des vom Gemeinderat der Gemeinde Dischingen am 24. Januar 2022 in öffentlicher Sitzung festgestellten Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Dischingen für das Wirtschaftsjahr 2022 wird gemäß § 12 Eigenbetriebsgesetz (EigBG) i. V. m. § 81 Abs. 2 GemO, § 121 Abs. 2 GemO bestätigt.

Der in § 2 des Wirtschaftsplans auf 1.000.000 Euro festgesetzte Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird gemäß § 12 EigBG i. V. m. § 87 Abs. 2 GemO genehmigt.

Aus dem in § 3 des Wirtschaftsplans auf 981.500 Euro festgesetzten Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Wirtschaftsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird der genehmigungspflichtige Teilbetrag von 504.148 Euro gemäß § 12 EigBG i. V. m. § 86 Abs. 4 GemO genehmigt.

Eine Vorwegentscheidung über die Genehmigung der nach der aktuellen Finanzplanung in künftigen Jahren vorgesehenen Kreditaufnahmen ist damit nicht getroffen. Eine Genehmigung dieser Kreditaufnahmen kann zu gegebener Zeit nur auf Grund der konkreten Finanzlage im Eigenbetrieb Abwasserentsorgung der Gemeinde Dischingen unter Beachtung von § 12 EigBG i. V. m. §§ 77, 78 und 87 GemO erteilt werden.

Der in § 4 des Wirtschaftsplans auf 230.000 Euro festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite liegt unter einem Fünftel der im Ergebnishaushalt veranschlagten ordentlichen Aufwendungen und bedarf daher gemäß § 12 EigBG i. V. m. § 89 Abs. 3 GemO keiner Genehmigung.

IV. Anmerkungen zur Finanzlage

Kernhaushalt

Die Gemeinde Dischingen hat zwischenzeitlich die Eröffnungsbilanz und die Jahresrechnungen der Jahre 2018 und 2019 erstellt, die Jahresrechnung 2020 ist vorbereitet. Für die Jahre 2019 und 2020 ergibt sich auch unter Berücksichtigung der Abschreibungen und der Auswirkungen der Finanzausgleichsrückstellungen gegenüber der Planung jeweils eine Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses. Für das Jahr 2021 wird ebenfalls ein deutlich besseres ordentliches Ergebnis erwartet als ursprünglich geplant. Zudem konnte teilweise aus außerordentlichen Grundstückserträgen ein positives Sonderergebnis erwirtschaftet werden. Die jährliche Verbesserung gegenüber der Planung ist zu einem großen Teil auf deutlich höhere Steuereinnahmen zurückzuführen. Dies zeigt sich bei den zahlungswirksamen Vorgängen – es wurden jährlich Zahlungsmittelüberschüsse über den Planwerten erwirtschaftet, die den Finanzmittelbestand zum Jahresende erhöhten bzw. zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen eingesetzt werden konnten und so den Verzicht auf geplante Kreditaufnahmen ermöglichten.

Nach den Ausführungen im Vorbericht des Haushaltsplans 2022 belasteten die pandemiebedingten Mehraufwendungen und Mindererträge den Haushalt des Vorjahres mit etwa 60.000 Euro.

Die Finanzplanung 2021 wies zum 01.01.2022 einen Finanzmittelbestand von knapp 3,9 Millionen Euro aus. Die Haushaltsplanung des laufenden Jahres gibt in der Liquiditätsübersicht zum 01.01.2022 die vorhandene Liquidität mit mehr als 9,8 Millionen Euro an. Durch die guten Ergebnisse der Vorjahre eine erhebliche Verbesserung bei der Ausstattung mit Finanzierungsmitteln.

Die Steuerkraftsumme der Gemeinde Dischingen liegt bei 2.230 Euro je Einwohner*in. Dies sind 416 Euro und damit etwa 23 Prozent mehr als die durchschnittliche Steuerkraftsumme im Land

(1.814 Euro je Einwohner*in). Die hohe Steuerkraft der Gemeinde Dischingen und die damit verbundene positive Entwicklung der Finanzlage in den Vorjahren wirkt sich über die Systematik des kommunalen Finanzausgleichs nachteilig auf die Finanzsituation der Gemeinde aus – auf das im Ergebnishaushalt zu erwirtschaftende ordentliche Ergebnis und auf den Saldo der zahlungswirksamen Vorgänge aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Der Ergebnishaushalt des laufenden Jahres weist ein ordentliches Ergebnis in Höhe von knapp 300.000 Euro aus. Auf den ersten Blick ist dies gegenüber dem in der Finanzplanung 2021 für das Jahr 2022 erwarteten negativen ordentlichen Ergebnis von rund minus 3,1 Millionen Euro eine deutliche Verbesserung. Dies auch, weil die Abschreibungen und die Auflösungen aus Ertragszuschüssen im Jahr 2022 erstmals in Höhe der sich aus den Rechnungsergebnissen ergebenden Größenordnung geplant werden, was saldiert zu höheren Aufwendungen von etwa 550.000 Euro führt. Werden in die Betrachtung die im laufenden Jahr erstmals und auch nur für das aktuelle Jahr veranschlagten Erträge und Aufwendungen aus der Finanzausgleichsrückstellung einbezogen, die in der Summe einen Ertrag von gut 3,8 Millionen Euro ergeben, hat sich das ordentliche Ergebnis gegenüber der Prognose aus dem Vorjahr nicht verbessert. Durch das unter Einbeziehung der Rückstellungen positive ordentliche Ergebnis des laufenden Jahres ergibt sich ein Aufwandsdeckungsgrad von 103 %; die Erwirtschaftung des Ressourcenverbrauchs wird dargestellt.

Das ordentliche Ergebnis von rund 300.000 Euro wird der Ergebnismrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Die Rücklage des ordentlichen Ergebnisses wird zum 31.12.2022 voraussichtlich bei 984.171 Euro liegen. Aus Überschüssen des Sonderergebnisses weist die Rücklage zum 31.12.2022 einen voraussichtlichen Bestand von 239.772 Euro aus.

Geprägt ist die Finanzlage der Gemeinde Dischingen im laufenden Jahr von den Auswirkungen der hohen Steuerkraft des Jahres 2020 – die ergebniswirksamen Steuereinnahmen im Jahr 2020 betrugen mehr als zehn Millionen Euro. Sie haben sich nach dem vorläufigen Rechnungsergebnis gegenüber der Planung deutlich erhöht, was aus den hohen Gewerbesteuererträgen resultiert (diese haben sich im Ergebnis gegenüber der Planung mehr als verdoppelt – ohne die Kompensationszahlung). Noch deutlicher zeigt sich die Erhöhung bei den im Finanzhaushalt tatsächlich geflossenen Zahlungen für Steuern und ähnliche Abgaben; diese lagen im Jahr 2020 bei über zwölf Millionen Euro. Die Nettosteuerkraft der Gemeinde Dischingen ist im laufenden Jahr ohne Berücksichtigung der Finanzausgleichsrückstellungen um mehr als eine Million Euro geringer als im Jahr 2020.

Auf Grund der hohen Steuerkraft des Jahres 2020 erhält die Gemeinde Dischingen im aktuellen Haushaltsjahr keine Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft. Die Einzahlungen aus steuerkraftabhängigen Zuweisungen gehen zurück, vor allem aber erhöhen sich die von der Gemeinde Dischingen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zu leistenden steuerkraftabhängigen Umlagen. Der sich nach der Haushaltsplanung ergebende zahlungswirksame Saldo aus den steuerkraftabhängigen Zuweisungen und Umlagen liegt bei etwa minus 2,5 Millionen Euro; dies ist ein deutlich höherer Negativsaldo als im Vorjahr.

Die Transferaufwandsquote, also der Anteil der ordentlichen Aufwendungen, der durch Leistungen an Dritte ohne konkrete Gegenleistung verursacht wird, liegt bei 31,3 Prozent. Dies sind rund 17 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr, allerdings unter Berücksichtigung der saldiert und nur im Jahr 2022 veranschlagten Finanzausgleichsrückstellungen. Bleiben diese Rückstellungen außer Acht, liegt die Transferaufwandsquote bei etwa 50 Prozent und damit um rund 1,5 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Zu den Transferaufwendungen zählen neben Zuweisungen und Zuschüssen an Dritte für laufende Zwecke unter anderem auch die von der Gemeinde zu leistenden steuerkraftabhängigen Umlagen des kommunalen Finanzausgleichs.

In erster Linie bedingt durch die geringeren Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen liegt die Umlagenquote, der Anteil der erhaltenen Zuweisungen und Umlagen an den ordentlichen Erträgen, bei 14,2 Prozent; gegenüber dem vorangegangenen Haushaltsjahr ein Rückgang um etwa 1,8 Prozentpunkte. Die Nettosteuererquote – der Anteil der Nettosteuerereinnahmen an den ordentlichen Erträgen – liegt mit 62,5 Prozent 1,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert.

Der Anteil der Kreisumlage an den ordentlichen Aufwendungen unter Einbeziehung der nur in 2022 veranschlagten Finanzausgleichsrückstellungen liegt bei 18,2 Prozent und ist damit um 2,7 Prozentpunkte zurückgegangen – ohne Berücksichtigung der Finanzausgleichsrückstellungen liegt der Anteil der Kreisumlage an den ordentlichen Aufwendungen mit 22,4 Prozent um 1,5 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert, was auf die der Berechnung zugrunde liegende hohe Steuerkraft der Gemeinde im Jahr 2020 zurückzuführen ist.

Die Personalaufwendungen und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden jeweils etwas höher als im Vorjahr veranschlagt. Es erhöhen sich sowohl die Personalaufwendungsquote als auch die Sach- und Dienstleistungsintensität gegenüber dem Jahr 2021, aber vor allem auch wegen der nur im laufenden Jahr veranschlagten Finanzausgleichsrückstellungen.

Die Kostendeckungsgrade der betrachteten kostenrechnenden Einrichtungen sind im Allgemeinen zufriedenstellend. Der Kostendeckungsgrad im Bestattungswesen liegt bei Einbeziehung aller Einrichtungen, also der Friedhöfe und der Leichenhallen, mit knapp 39 Prozent in etwa beim Vorjahreswert. Nach Auskunft der Gemeindeverwaltung sei die schon seit längerer Zeit beabsichtigte Neukalkulation der Bestattungsgebühren unter anderem wegen der Umstellung auf die Doppik bisher nicht leistbar gewesen. Im Hinblick auf die Beantragung von Landeszuschüssen zu Investitionsmaßnahmen wird die zeitnahe Neukalkulation der Bestattungsgebühren dringend empfohlen.

Bei Gegenüberstellung der zahlungswirksamen Vorgänge des Ergebnishaushalts ergibt sich ein Zahlungsmittelbedarf von knapp drei Millionen Euro. Da sich die Veranschlagung der Finanzausgleichsrückstellungen bei den zahlungswirksamen Vorgängen nicht auswirkt, zeigt sich hier der negative Einfluss der hohen Steuerkraft des Jahres 2020 auf das aktuelle Haushaltsjahr deutlich. Der Zahlungsmittelbedarf von etwa drei Millionen Euro liegt um rund 1,5 Millionen Euro über dem für das Vorjahr veranschlagten Zahlungsmittelbedarf und er ist auch um gut 300.000 Euro höher als in der Finanzplanung 2021 für das Jahr 2022 prognostizierte Zahlungsmittelbedarf.

Der mindestens in Höhe der Tilgungsauszahlungen zu erwirtschaftende Zahlungsmittelüberschuss wird nicht erreicht. Der laufende Betrieb ist nicht in der Lage, die konsumtiven Auszahlungen und die Tilgungsauszahlungen zu erwirtschaften. Eine über die Tilgungsauszahlungen hinausgehende Erwirtschaftung der Nettoabschreibungen kann nicht erfolgen; auch Mittel, die zur Finanzierung der hohen Auszahlungen für die Investitionstätigkeit beitragen, können im laufenden Betrieb nicht erwirtschaftet werden. Der sich im konsumtiven Bereich ergebende Zahlungsmittelbedarf und auch die Tilgung müssen aus dem Finanzhaushalt gedeckt werden und gehen zu Lasten der Liquidität. Die aus dem Finanzhaushalt des laufenden Jahres verfügbaren Ersatzdeckungsmittel aus Beiträgen, Darlehensrückflüssen und Veräußerungserlösen sind nicht ausreichend, so dass zusätzlich vorhandene Zahlungsmittel einzusetzen sind. Etwa ein Drittel der im laufenden Haushaltsjahr eingesetzten Liquidität muss für laufende Zwecke eingesetzt werden.

Im Finanzhaushalt wurden die Auszahlungen für Investitionstätigkeit mit 9,4 Millionen Euro veranschlagt. Damit sollen rund drei Millionen Euro mehr als im Vorjahr für Investitionsmaßnahmen eingesetzt werden. Gegenüber der in Finanzplanung des Jahres 2021 für das Jahr 2022 vorgesehenen 5,2 Millionen Euro ist das eine deutliche Steigerung.

Schwerpunkte der Investitionstätigkeit des laufenden Haushaltsjahres sind der Rathausneubau, verschiedene Erschließungsmaßnahmen, der Ausbau der Ortsdurchfahrt Hofen, Baumaßnahmen an Rad- und Feldwegen, Restzahlungen für die Herstellung von Räumlichkeiten für eine Arztpraxis und einen ambulanten Pflegedienstleister, Grunderwerb und der Breitbandausbau in der Gemeinde. Sofern ausreichend Liquidität vorhanden ist, soll jedem der beiden Eigenbetriebe ein Darlehen in Höhe von 700.000 Euro gewährt werden.

Trotz der hohen Auszahlungen im investiven Bereich und des sich aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ergebenden Zahlungsmittelbedarfs können die Investitionen Dank der hohen Ausstattung mit liquiden Eigenmitteln ohne Kreditaufnahmen finanziert werden. Knapp 68 Prozent der Investitionsauszahlungen können aus Eigenmitteln bestritten werden – den größten Teil der Eigenmittel mit 60 Prozent der investiven Auszahlungen stellt der Einsatz vorhandener Liquidität. Etwa ein Drittel der Investitionen soll über Zuschüsse und Zuweisungen Dritter finanziert werden.

Die in der Finanzplanung des Vorjahres für 2022 vorgesehenen Kreditaufnahmen von 2,5 Millionen Euro sind wegen des möglichen Rückgriffs auf vorhandene Finanzierungsmittel nicht erforderlich. Dadurch ergibt sich wiederum eine Rückführung der Verschuldung in Höhe der Tilgungsauszahlungen, die mit rund 87.000 Euro veranschlagt sind. Die Pro-Kopf-Verschuldung des Kernhaushalts wird im Jahr 2022 um weitere 20 Euro zurückgehen und zum Jahresende bei 341 Euro liegen. Damit liegt die Pro-Kopf-Verschuldung im Kernhaushalt der Gemeinde Dischingen unter der durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung in Baden-Württemberg, die bezogen auf 31.12.2020 bei 421 Euro lag.

Die Haushaltsplanung des laufenden Jahres geht davon aus, dass der Bestand an liquiden Eigenmitteln zu Beginn des Jahres 2022 unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Ergebnisse

der Vorjahre bei 9.830.000 Euro liegt. Der Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit und die vorgesehenen Auszahlungen für investive Maßnahmen des aktuellen Haushaltsjahres erfordern den Einsatz liquider Mittel von mehr als 8,6 Millionen Euro. Mit voraussichtlich knapp 1,2 Millionen Euro werden die liquiden Eigenmittel zum Ende des Haushaltsjahrs noch immer über der nach § 22 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) notwendigen Mindestliquidität liegen; diese beträgt im Jahr 2022 rund 208.000 Euro. Allerdings sind durch die Finanzausgleichsrückstellungen zum Jahresende über 1,3 Millionen Euro der liquiden Eigenmittel gebunden, so dass die zum 31.12.2022 voraussichtlich vorhandene Liquidität nicht ausreichend, sogar negativ, sein wird. Es ist darauf zu achten, dass die nach § 22 GemHVO vorzuhaltende Liquidität nicht unterschritten wird.

Nach der Finanzplanung des Jahres 2021 wurde für die Jahre 2023 und 2024 mit positiven ordentlichen Ergebnissen gerechnet. Die aktuelle Finanzplanung weist für das Jahr 2023 ein negatives ordentliches Ergebnis von knapp minus 470.000 Euro aus, das über Entnahmen aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses ausgeglichen werden kann. Für die Jahre 2024 und 2025 werden hohe ordentliche Ergebnisse von etwa 1,7 Millionen Euro in 2024 und 2,1 Millionen Euro im Jahr 2025 erwartet. Diese Ergebnisse werden der Ergebnissrücklage zugeführt. Ursächlich für die Schwankungen ist die Systematik des kommunalen Finanzausgleichs. Da in der Planung für die Folgejahre des Finanzplanungszeitraums nicht wie für das laufende Jahr Finanzausgleichsrückstellungen eingestellt sind, ist die Beurteilung der Entwicklung nur bedingt möglich. Nach der vorliegenden Planung soll der Ressourcenverbrauch in den Jahren 2024 und 2025 vollständig erwirtschaftet werden.

Das sich für das Folgejahr 2023 ergebende negative ordentliche Ergebnis wird wesentlich durch den Saldo der steuerkraftabhängigen Zuweisungen und Umlagen des kommunalen Finanzausgleichs bestimmt. Der in der Finanzplanung des Jahres 2021 für das Jahr 2023 erwartete Überschuss ist nahezu weggefallen. Ging die Finanzplanung des Jahres 2021 im kommunalen Finanzausgleich beim Saldo aus den steuerkraftabhängigen Zuweisungen und Umlagen für das Jahr 2023 noch von einem Überschuss in Höhe von etwa 1,4 Millionen Euro aus, errechnet sich nach der aktuellen Finanzplanung gerade noch ein Plus von knapp 22.000 Euro. Die Transferaufwandsquote wird in den Folgejahren des Finanzplanungszeitraums zurückgehen – auf 45,5 Prozent im Jahr 2023, 34,2 Prozent im Jahr 2024 und 39,9 Prozent im Jahr 2025. Gleichzeitig wird die Umlagenquote kontinuierlich steigen und im Jahr 2025 bei 27,2 Prozent liegen.

Die Kennzahlenübersicht zum Haushaltsplan 2022 weist sowohl für das Jahr 2022 als auch für das Jahr 2024 eine deutlich höhere Nettosteuerkraft aus, als dies in der Übersicht des Jahres 2021 der Fall war. Der Anteil der Nettosteuerkraft an den ordentlichen Aufwendungen, der im laufenden Jahr (ohne Einbeziehung der Finanzausgleichsrückstellungen) bei etwa 36,6 Prozent liegt, soll im Jahr 2023 auf gut 32 Prozent zurückgehen. In den Jahren 2024 und 2025 soll dieser Anteil auf etwa 57 Prozent bzw. 61 Prozent ansteigen. Mit 61 Prozent im Jahr 2025 läge dieser Anteil über dem Wert des Jahres 2020 (57 Prozent). Dies lässt darauf schließen, dass für die Folgejahre über den kommunalen Finanzausgleich wieder mit negativen Auswirkungen zu rechnen ist.

In allen Folgejahren des Finanzplanungszeitraums werden Zahlungsmittelüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit erwartet. Der sich für das Jahr 2023 ergebende Zahlungsmittelüberschuss liegt deutlich unter dem in der Finanzplanung des Jahres 2021 erwarteten Wert für 2023; die Tilgungsauszahlungen werden nicht ganz erwirtschaftet werden. Für die Jahre 2024 und 2025 werden hohe Zahlungsmittelüberschüsse von rund 2,3 Millionen Euro und 2,7 Millionen Euro prognostiziert – der Überschuss des Jahres 2024 liegt dabei um etwa eine Million Euro über der Prognose des Finanzplans 2021. Werden die Zahlungsmittelüberschüsse der Jahre 2024 und 2025 um die Tilgungsauszahlungen bereinigt, verbleiben Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel, die in erheblichem Maße zur Finanzierung der in diesen Jahren vorgesehenen Investitionen beitragen können und darüber hinaus zu einer Erhöhung des Finanzmittelbestandes führen.

Für Investitionen sind in den Folgejahren im Vergleich zum aktuellen Haushaltsjahr wieder geringere Auszahlungen vorgesehen, wobei diese im Jahr 2023 mit knapp 5,3 Millionen Euro noch auf hohem Niveau liegen werden. Für die Jahre 2024 und 2025 werden die investiven Maßnahmen mit 3,4 Millionen Euro bzw. 2,4 Millionen Euro wieder deutlich geringer eingeplant. Die im Jahr 2023 nochmals hohen Investitionsauszahlungen sind unter anderem auf den Rathausneubau, die Erneuerung der Ortsdurchfahrt Hofen und den Breitbandausbau zurückzuführen.

Für die in künftigen Jahren anfallenden Auszahlungen für investive Maßnahmen sind im laufenden Haushaltsjahr Verpflichtungsermächtigungen von mehr als sieben Millionen Euro festgesetzt. Hiervon entfallen 4,7 Millionen Euro auf das Jahr 2023 und 2,4 Millionen Euro auf das Jahr 2024.

Im Jahr 2023 werden zur Investitionsfinanzierung Kreditaufnahmen von 1,9 Millionen Euro erforderlich sein – das sind 400.000 Euro mehr, als noch in der Finanzplanung des Jahres 2021 vorgesehen. Dennoch ist die Entwicklung der Verschuldung im Vergleich zur Finanzplanung 2021 positiv zu bewerten, kann doch auf die im Finanzplan 2021 für das aktuelle Haushaltsjahr vorgesehenen Kreditaufnahmen in Höhe von 2,5 Millionen Euro vollständig verzichtet werden.

Im Jahr 2023 wird die Finanzierung der investiven Auszahlungen zu etwa 36 Prozent über Kreditaufnahmen erfolgen, knapp 59 Prozent sollen über Zuschüssen und Zuweisungen Dritter finanziert werden. Eigenmittel aus Veräußerungserlösen und Beiträgen sind mit rund 5,2 Prozent Finanzierungsanteil von untergeordneter Bedeutung.

In den Jahren 2024 und 2025 wird der konsumtive Bereich zur Investitionsfinanzierung beitragen können. Die Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel werden im Jahr 2024 einen Anteil von 26,2 Prozent und im Jahr 2025 einen Anteil von 66,7 Prozent an den Auszahlungen für Investitionstätigkeit betragen. Vor allem im Jahr 2024 werden mit rund 67 Prozent Finanzierungsanteil hohe Zuschüsse und Zuweisungen Dritter erwartet. Im Jahr 2025 sollen immerhin noch 23,5 Prozent der Investitionen über Zuschüsse und Zuweisungen Dritter finanziert werden. Sowohl im Jahr 2024 als auch im Jahr 2025 werden keine Kreditaufnahmen notwendig sein – in diesen Jahren wird die Verschuldung jährlich um die Tilgungsauszahlungen zurückgeführt werden.

Zum Ende des Finanzplanungszeitraums wird die Pro-Kopf-Verschuldung im Kernhaushalt der

Gemeinde Dischingen bei 718 Euro und damit um 297 Euro über der durchschnittlichen Verschuldung der Kernhaushalte von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung in Baden-Württemberg (bezogen auf das Jahr 2020) liegen. Dieser Anstieg resultiert einzig aus den im Jahr 2023 erforderlichen Kreditaufnahmen von 1,9 Millionen Euro. Insgesamt sollen die im Zeitraum von 2022 bis 2025 anfallenden Auszahlungen für Investitionstätigkeit in Höhe von rund 20,6 Millionen Euro mit einem Anteil von unter 10 Prozent über Kreditaufnahmen finanziert werden.

Die für die Jahre 2024 und 2025 erwartete deutliche Verbesserung im konsumtiven Bereich führt zu einer jährlichen Erhöhung des Finanzmittelbestandes der Gemeinde. Insgesamt steigt die Liquidität in diesem Zeitraum um knapp 2,3 Millionen Euro. Zum Ende des Finanzplanungszeitraums wird der Bestand an liquiden Eigenmitteln bei voraussichtlich 3,4 Millionen Euro liegen. Wie viel hieraus eventuell für Finanzausgleichsrückstellungen gebunden ist, kann wegen der in den Jahren 2023 bis 2025 nicht erfolgten Veranschlagung der Finanzausgleichsrückstellungen nicht beurteilt werden.

Vor allem die mit der Finanzplanung prognostizierte Entwicklung der Verschuldung und der Liquidität wird von den jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, deren Entwicklung derzeit nur schwer vorhersehbar ist, sowie von den sich vielleicht ergebenden Änderungen bei den investiven Maßnahmen und der Höhe der Investitionszuweisungen Dritter abhängen. Werden die für alle Jahre auf hohem Niveau eingeplanten Investitionszuweisungen nicht in der erwarteten Höhe fließen, wird dies bei unverändert hoher Investitionstätigkeit zu Lasten der Verschuldung und der Liquidität gehen. Wird sich die Nettosteuerkraft wie in der Finanzplanung prognostiziert entwickeln, wird die Finanzlage der Gemeinde Dischingen über die Systematik des kommunalen Finanzausgleichs auch künftig großen Schwankungen ausgesetzt sein. Die Bildung von Finanzausgleichsrückstellungen soll diese Schwankungen abmildern. Damit verbunden ist jedoch die entsprechend vorzuhaltende Liquidität. Die sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung ist in den kommenden Jahren weiterhin von hoher Bedeutung, ebenso die optimale Ausschöpfung der Einnahmen und die sorgfältige Planung von Investitionsvorhaben. Die Kernziele des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens, die Erwirtschaftung des Ressourcenverbrauchs und die Gewährleistung der stetigen Aufgabenerfüllung, müssen auch künftig das Handeln der Gemeinde leiten. Die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Dischingen muss sichergestellt sein.

Eigenbetrieb Wasserversorgung Dischingen

Wie in den zurückliegenden Jahren hat sich das positive ordentliche Ergebnis im Ergebnishaushalt des Wirtschaftsplans 2022 für den Eigenbetrieb Wasserversorgung Dischingen im laufenden Wirtschaftsjahr und in allen Folgejahren des Finanzplanungszeitraums gegenüber der Finanzplanung des Vorjahres verringert. Die verbrauchten Ressourcen werden jedoch erwirtschaftet, der Aufwandsdeckungsgrad liegt jeweils bei etwas über 100 Prozent. Die erzielten Ergebnisse werden der Rücklage aus dem ordentlichen Ergebnis zugeführt, die zum 31.12.2022 einen voraussichtlichen Stand von rund 360.000 Euro erreichen wird.

Gebührenrechtliche Gewinne werden auf Grundlage eines Gewinnabführungsvertrags als Konzessionsabgabe an den Kernhaushalt der Gemeinde Dischingen abgeführt. Im aktuellen Wirtschaftsjahr und in allen Folgejahren des Finanzplanungszeitraums sollen rund 38.000 Euro in den Kernhaushalt fließen.

Im Finanzhaushalt ergibt sich für das Jahr 2021 ein Zahlungsmittelüberschuss von rund 117.000 Euro. Für die Jahre 2023 bis 2025 werden jährliche Zahlungsmittelüberschüsse in Höhe von gut 120.000 Euro erwartet. Die jährlichen Tilgungsauszahlungen liegen über den erwarteten Zahlungsmittelüberschüssen, der Mindestzahlungsmittelüberschuss wird somit weder im laufenden Wirtschaftsjahr noch in den Folgejahren des Finanzplanungszeitraums erreicht und es können aus dem konsumtiven Bereich keine Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel für die investiven Maßnahmen bereitgestellt werden.

Gegenüber der Finanzplanung des Jahres 2021 ergibt sich insbesondere für das Jahr 2022, aber auch für das Wirtschaftsjahr 2023 eine Erhöhung der investiven Auszahlungen. Viele der Investitionsvorhaben hängen mit Erschließungs- und Straßenbaumaßnahmen im Kernhaushalt zusammen.

Infolge der höheren Auszahlungen für Investitionstätigkeit werden zur Finanzierung im Vergleich mit der Finanzplanung 2021 für das laufende Wirtschaftsjahr die Kreditaufnahmen und der Einsatz vorhandener Liquidität erhöht, für das Jahr 2023 werden hohe Investitionszuschüsse Dritter erwartet.

Die Kreditermächtigung des zurückliegenden Wirtschaftsjahres wurde nicht voll ausgeschöpft und muss auch über den aus dem Kernhaushalt der Gemeinde zur Verfügung gestellten Kredit in Höhe von 500.000 Euro hinaus nicht mehr in Anspruch genommen werden. Durch die im laufenden Jahr vorgesehenen Kreditaufnahmen von 750.000 Euro wird die Verschuldung ansteigen. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird bis zum Ende des Wirtschaftsjahres um 135 Euro auf 729 Euro ansteigen und damit bei mehr als dem Doppelten der Durchschnittverschuldung der Eigenbetriebe von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung in Baden-Württemberg (310 Euro je Einwohner*in zum 31.12.2020) liegen. Für die Jahre 2023 bis 2025 sollen die Kreditaufnahmen unter den Tilgungsauszahlungen liegen, so dass die Pro-Kopf-Verschuldung zum Ende des Finanzplanungszeitraums 668 Euro betragen wird. Allerdings resultieren zum 31.12.2022 insgesamt 775.000 Euro (178 Euro je Einwohner*in) der vorhandenen Schulden (3.177.511 Euro) aus Darlehen des Kernhaushalts der Gemeinde. Die Gemeindedarlehen werden verzinst und jährlich getilgt.

Wies die Liquiditätsübersicht des Jahres 2021 zum 01.01.2022 noch liquide Eigenmittel in Höhe von 95.000 Euro aus, sind nach der aktuellen Übersicht zum 01.01.2022 Finanzierungsmittel in Höhe von knapp 630.000 Euro vorhanden. Nach Angaben der Gemeindeverwaltung ergibt sich dies durch Zahlungsmittelüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit, die in die Liquidität fließen konnten, und aus der Bereitstellung eines Kredits aus dem Kernhaushalt in Höhe von 500.000 Euro zum Jahresende. Es wird darauf hingewiesen, dass Kredite stets nur im erforderlichen Umfang aufgenommen werden sollten.

Die Finanzierung der Investitionen des laufenden Wirtschaftsjahres soll neben den Kreditaufnahmen in 2022 auch mit rund 563.000 Euro aus den vorhandenen Finanzierungsmitteln erfolgen. In den Folgejahren des Finanzplanungszeitraums sollen die liquiden Eigenmittel stets unverändert bei 66.495 Euro liegen. Die vorzuhaltende Mindestliquidität ist stets gegeben und jährlich um etwa 53.000 Euro überschritten.

Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Dischingen

Nach der Planung für den Ergebnishaushalt des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung Dischingen wird für das laufende Wirtschaftsjahr und für alle Folgejahre bis 2025 wiederum stets von einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt ausgegangen – es wird sich weder ein Überschuss noch ein Fehlbetrag ergeben. Sofern gebührenrechtliche Kostenüber- oder Kostenunterdeckungen entstehen, werden diese im Rahmen des Jahresabschlusses mit einer bilanziellen Gebührenaussgleichsrückstellung verrechnet.

Der im Finanzhaushalt jährlich ausgewiesene Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit hat sich gegenüber der Finanzplanung des Vorjahres zwar erhöht, die Tilgungsauszahlungen sind dadurch jedoch nicht abgedeckt – der Mindestzahlungsmittelüberschuss wird also nicht erreicht, Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel können nicht erwirtschaftet werden.

Auch im Eigenbetrieb Abwasserentsorgung haben sich die Auszahlungen für Investitionstätigkeit gegenüber der Finanzplanung des Jahres 2021 erhöht, insbesondere im Wirtschaftsjahr 2022, aber auch für das Wirtschaftsjahr 2023. Wie im Eigenbetrieb Wasserversorgung stehen auch hier zahlreiche der Investitionsvorhaben in Zusammenhang mit Erschließungs- und Straßenbaumaßnahmen im Kernhaushalt.

Die Kreditermächtigung des zurückliegenden Wirtschaftsjahres wurde für die Abwasserentsorgung ebenfalls nicht voll ausgeschöpft und muss auch über den aus dem Kernhaushalt der Gemeinde zur Verfügung gestellten Kredit in Höhe von 500.000 Euro hinaus nicht mehr in Anspruch genommen werden. Durch die für das laufende Wirtschaftsjahr vorgesehenen Kreditaufnahmen von einer Million Euro wird die Verschuldung ansteigen. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird bis zum Ende des Wirtschaftsjahres um 172 Euro auf 1.172 Euro ansteigen und damit nahezu das Vierfache der Durchschnittverschuldung der Eigenbetriebe von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung in Baden-Württemberg (310 Euro je Einwohner*in zum 31.12.2020) betragen. Auch für das Wirtschaftsjahr 2023 ist nochmals eine Nettoneuverschuldung vorgesehen. In den Jahren 2024 und 2025 sollten die Kreditaufnahmen unter den Tilgungsauszahlungen liegen was zu einem Rückgang der Verschuldung führt. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird im Eigenbetrieb Abwasserentsorgung zum Ende des Finanzplanungszeitraum 1.167 Euro betragen. Allerdings resultieren zum 31.12.2022 insgesamt 1.730.000 Euro (397 Euro je Einwohner*in) der vorhandenen Schulden (5.105.666 Euro) aus Darlehen des Kernhaushalts der Gemeinde. Die Gemeindedarlehen werden ebenfalls verzinst und jährlich getilgt.

Wies die Liquiditätsübersicht des Jahres 2021 zum 01.01.2022 noch liquide Eigenmittel in Höhe von 67.700 Euro aus, sind nach der aktuellen Übersicht zum 01.01.2022 Finanzierungsmittel in

Höhe von etwa 730.000 Euro vorhanden. Nach Angaben der Gemeindeverwaltung ergibt sich dies durch Zahlungsmittelüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit, die in die Liquidität fließen konnten, und aus der Bereitstellung eines Kredits aus dem Kernhaushalt in Höhe von 500.000 Euro zum Jahresende. Es wird darauf hingewiesen, dass Kredite stets nur im erforderlichen Umfang aufgenommen werden sollten.

Die Finanzierung der Investitionen des laufenden Wirtschaftsjahres soll neben den Kreditaufnahmen in 2022 auch mit rund 656.000 Euro aus den vorhandenen Finanzierungsmitteln erfolgen. In den Folgejahren des Finanzplanungszeitraums sollen die liquiden Eigenmittel stets unverändert bei 77.580 Euro liegen. Die vorzuhaltende Mindestliquidität ist stets gegeben und jährlich um etwa 60.000 Euro überschritten.

Gesamtbetrachtung

Die Gesamtverschuldung der Gemeinde Dischingen, also die Verschuldung des Kernhaushalts und der Eigenbetriebe, wird zum 31.12.2022 bei 9.770.045 Euro liegen – zum Ende des Finanzplanungszeitraums wird der Gesamtschuldenstand voraussichtlich rund 11,1 Millionen Euro betragen; dies entspricht 2.553 Euro je Einwohner*in.

In den genannten Beträgen der Gesamtverschuldung sind auch die Darlehen, welche die Gemeinde in zurückliegenden Jahren den Eigenbetrieben gewährt hat bzw. im Jahr 2022 gewähren wird, sowie das schon länger bestehende Trägerdarlehen der Gemeinde an den Eigenbetrieb Abwasserentsorgung enthalten. Ohne diese Darlehen der Gemeinde an die Eigenbetriebe wird die konsolidierte Gesamtverschuldung der Gemeinde Dischingen zum 31.12.2022 bei voraussichtlich etwa 7.265.000 Euro liegen, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.168 Euro entspricht. Damit wird die konsolidierte Gesamtverschuldung der Gemeinde Dischingen beim rund 1,6-fachen der durchschnittlichen Gesamtverschuldung von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung in Baden-Württemberg (743 Euro je Einwohner*in zum 31.12.2020) liegen. Positiv hervorzuheben ist, dass in den zurückliegenden Jahren gerade im Kernhaushalt trotz hoher Auszahlungen für Investitionstätigkeit vielfach auf vorgesehene hohe Kreditaufnahmen verzichtet werden konnte. Wegen der allgemeinen Abhängigkeit der Gemeindefinanzen von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aber auch wegen der starken Schwankungen der Finanzlage der Gemeinde Dischingen und der auf hohem Niveau geplanten Zuschüsse Dritter zu Investitionsmaßnahmen sind die Prognosen in der aktuellen Finanzplanung zur Entwicklung der Verschuldung nicht ohne Risiko einer negativen Entwicklung.

V. Einzelbemerkungen

Teilweise konnten Fragestellungen schon im Verlauf der Haushaltsprüfung mit der Gemeindeverwaltung geklärt werden; hierzu wird auf die Bemerkungen der Rechtsaufsichtsbehörde im Verlauf der Prüfung verwiesen. Nachfolgend noch Einzelbemerkungen für künftige Haushalts- und Wirtschaftspläne.

- Die Gemeinde Dischingen hat zahlreiche Anmerkungen aus dem Haushaltserlass des Jahres 2021 umgesetzt, unter anderem wurden die Wertgrenzen für die Einzeldarstellung von Investitionen festgelegt und dem Haushalt wurde eine Übersicht über die Rückstellungen beigelegt.
- Der Berechnung der steuerkraftabhängigen Zuweisungen und Umlagen aus dem kommunalen Finanzausgleich wurden nicht die aktualisierten Werte der Novembersteuerschätzung zugrunde gelegt; bei der Berechnung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer wurde nicht die aktuelle Schlüsselzahl angewandt. Hier könnten sich insgesamt noch Verbesserungen in Höhe von rund 148.000 Euro ergeben.
- Die Gemeinde Dischingen hat im aktuellen Haushaltsjahr erstmals die Aufwendungen für und die Erträge aus Finanzausgleichsrückstellungen veranschlagt. Die Veranschlagung wurde saldiert und nur für das Jahr 2022 vorgenommen. Aus Gründen der Transparenz sollte die Veranschlagung künftig nicht saldiert erfolgen, Aufwendungen und Erträge sollten einzeln ausgewiesen werden. Damit die Vergleichbarkeit im Finanzplanungszeitraum gegeben ist, sollte die Veranschlagung in Zukunft für den gesamten Finanzplanungszeitraum vorgenommen werden.
- In der Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung der Liquidität sind unter Ziffer 11 Angaben zu den voraussichtlich gebundenen Finanzierungsmitteln (auch für Finanzausgleichsrückstellungen) zu machen. Die Gemeindeverwaltung Dischingen hat dies im Verlauf der Haushaltsprüfung für das laufende Jahr 2022 nachgeholt. Die Angaben sollten künftig für alle Jahre der Übersicht erfolgen.
- In der Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen ist der Stand zum Ende des Haushaltsjahres nicht korrekt ausgewiesen. Wenn ein Endstand angegeben wird, sollte dieser die Zu- und Abgänge im Haushaltsjahr berücksichtigen.
- In der Haushaltssatzung und in den Wirtschaftsplänen beider Eigenbetriebe wurden hohe Verpflichtungsermächtigungen festgelegt. Nach Auskunft der Gemeindeverwaltung sind die festgesetzten Verpflichtungsermächtigungen erforderlich. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass Verpflichtungen zu Lasten folgender Jahre nur eingegangen werden sollten, wenn dies notwendig ist.
- Die nach der Finanzplanung im Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Dischingen für die Jahre 2023 bis 2025 vorgesehenen Kreditermächtigungen sind nicht in voller Höhe genehmigungsfähig, da in diesen Jahren stets auch der Ausgleich gebührenrechtlicher Kostenüberdeckungen über Kreditaufnahmen finanziert würde, was nicht zulässig ist.

Das Bürgermeisteramt wird gebeten, die Haushaltssatzung gemäß § 81 Abs. 3 GemO öffentlich bekannt zu machen und den Haushaltsplan an sieben Tagen öffentlich auszulegen. Bitte legen Sie zu gegebener Zeit einen Nachweis über die öffentliche Bekanntmachung vor.

Hinsichtlich des Vorgehens bei der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung und der öffentlichen Auslegung des Haushaltsplans auf Grund der aktuellen Corona-Pandemie und der eventuell damit verbundenen Einschränkungen beachten Sie bitte die im Haushaltserlass vom 22.02.2021 dargestellte Verfahrensweise.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Polta
Landrat